

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/173

15. September 1970

US-Amerika stützt unsere Ostpolitik

Überwältigendes Vertrauen für den Bundeskanzler

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

(Seite 1 / 40 Zeilen)

NRW beispielhaft im Wohnungsbau

Sozialliberale Landesregierung konzentriert die Förderungsmittel

(Seite 2 / 34 Zeilen)

Die Schule weiß zu wenig über die Dritte Welt

Traurige Entwicklungshilfe-Erfahrungen mit deutschen Schulbüchern

(Seite 3 - 4 / 31 Zeilen)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 33
Telex: 888 845/895 8477
888 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

US-Amerika stützt unsere Ostpolitik

Überwältigendes Vertrauen für den Bundeskanzler

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Das Interesse an unserer Ostpolitik ist in den USA unverändert groß. Das ist meine Erfahrung nach einem einmonatigen Aufenthalt in den Staaten mit vielen Gesprächen, öffentlichen Diskussionen und dem fortlaufenden Kontakt mit der veröffentlichten Meinung in Presse-, Rundfunk- und Fernsehinterviews.

Die führenden Politiker in Washington kommen nach einer genauen Analyse der bisherigen Ergebnisse unserer Ostpolitik zu einer völligen Zustimmung und einer Unterschätzung unserer Initiativen. Wenn auch die Politiker in den einzelnen Bundesstaaten unserer Politik zustimmen, ohne alle Facetten in den Einzelheiten zu kennen, dann vor allem deshalb, weil sie Bundeskanzler Willy Brandt ein überwältigendes Vertrauen entgegenbringen. Sie betrachten die Bundesrepublik als einen der stärksten Partner im westlichen Bündnis. Sie sind stark antikommunistisch geprägt. Diese Attituden führen sie eher zu vorsichtiger Beurteilung, auch wenn die Nixon-Administration eine offensive Ostpolitik führt. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Person Willy Brandts, des bewährten Bürgermeisters von Westberlin, des Garanten der westlichen Integration und Bindung unseres Staates, des untadeligen Demokraten, für die Politiker im Lande bedeutend ist für die Billigung unserer Ostpolitik.

Wesentlich für die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik in der nächsten Zukunft wird sein, daß die Diskussion etwaiger gemeinsamer Probleme vor uns und unseren Freunden auch weiterhin offen und sachlich ohne dramatische Akzente geführt wird. Die USA wollen durch im Oktober zu schaffende gesetzliche Grundlagen die Einfuhren von Textilien und Schuhen beschränken. Ich habe in meinen Gesprächen in den USA betont, daß wir über diese Initiativen nicht glücklich sind, daß wir es aber auch ablehnen, diese Aktion zu dramatisieren. "Revanchen" wird es nicht geben. Wesentlich ist, daß Westeuropa, Japan und die USA gemeinsam aktiv werden, um den freien Weltmarkt zu sichern und möglichst sogar weiter auszubauen. Denn die Beschäftigung unserer Volkswirtschaft wird durch den Außenhandel mit dem Westen und der Dritten Welt gesichert. Daran würde selbst eine wesentliche Ausweitung unseres Außenhandels mit der UdSSR nichts ändern. Die Politiker der USA wissen, daß sich unsere Ostpolitik im engen Verbund mit unseren westlichen Alliierten vollzieht. Es wäre gut, wenn das auch äußerlich durch eine "Gipfelkonferenz" der westlichen Alliierten mit unserem Bundeskanzler unterstrichen wird.

+ + +

NRW beispielhaft im Wohnungsbau

Sozialliberale Landesregierung konzentriert die Förderungsmittel.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt ihre fortschrittliche Wohnungsbaupolitik, die bereits in der letzten Legislaturperiode konzipiert worden ist, konsequent fort: Von 1971 bis 1975 will das Land 200.000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln fördern. Mit einem Förderungsergebnis von 209.317 Wohneinheiten in der Zeit von 1967 bis 1969 hatte die sozialliberale Landesregierung Kühn/Weyer bereits ein Beispiel progressiver Anstrengungen geliefert.

Zum ersten Mal in der Bundesrepublik überhaupt hatte die erste SPD/FDP-Regierung in Düsseldorf ein "Mehrjahres-Wohnungsbauprogramm" verabschiedet, das die Errichtung von 400.000 Wohneinheiten (WE) in den vier Jahren von 1967 bis 1970 festgelegt hatte. Von diesem - acht ermittelten - Gesamtbedarf sind bereits über 200.000 WE mit öffentlichen Mitteln gebaut worden, wie es in dem Vierjahresplan vorgesehen war. Allein 56.690 WE gleich 27,1 v.H. waren Eigenheime.

Wie alle wichtigen Maßnahmen der Landespolitik im volkreichsten Bundesland ist der soziale Wohnungsbau ein Abschnitt des "Nordrhein-Westfalen-Programms 1975". Dementsprechend werden die Wohnungsbau-mittel des Landes vom nächsten Jahr ab primär auf solche Zentren und Verkehrsknotenpunkte konzentriert, die im Zuge einer weit-sichtigen Strukturpolitik eine besondere Förderung rechtfertigen.

Außerdem soll der Altwohnungsbestand weiterhin verstärkt modernisiert werden, soweit die einzelnen Vorhaben vertretbar sind. Immerhin will das Land in den Jahren von 1970 bis 1975 rund 250.000 Wohnungen den neuzeitlichen Verhältnissen anpassen.

Der nach Bildung der zweiten SPD/FDP-Landeskoalition im Juli dieses Jahres für die Wohnungsbaupolitik verantwortliche Innenminister und stellv. FDP-Vorsitzender Willi Weyer ist im Übrigen der Meinung, daß "ein Mietstopp für die im Wohnungswesen bestehende Problematik keine Lösung bringen" wird. Vielmehr erblickt der Minister "nur in dem verstärkten Bau von neuen Wohnungen" eine Möglichkeit, die "Marktsituation zu verbessern". Er stimmt in dieser Ansicht mit dem Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritz Lauritzen SPD-MdB überein.

Klaus Rusticus

Die Schule weiß zu wenig über die Dritte Welt

Traurige Entwicklungshilfe-Erfahrungen mit deutschen Schulbüchern

"Förderung der Bewußtseinsbildung in allen Schichten und gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik über Aufgaben und Bedeutung der Entwicklungspolitik". So las man es in einer Vertretung der Pressestelle des Bundespräsidialamtes zur konstituierenden Sitzung des "Deutschen Forums für Entwicklungspolitik" in Bonn. "1969 wurde erstmals ein umfassendes und bewußt langfristig angelegtes Konzept einer Öffentlichkeitsarbeit im pädagogischen Bereich entworfen", heißt es u.a. im Juni-Memorandum der Bundesregierung zur DAC-Jahresprüfung 1970. Schon im Erziehungsbereich müsse ein neues Weltverständnis vermittelt werden, geht es im Kanzlei-Stil weiter, um das Bewußtsein in angemessener Weise auf die heutigen Weltprobleme zu lenken. Besondere Publikationen für Lehrer und Schüler seien herausgegeben, eine Schulwanderausstellung sei auf den Weg geschickt worden usw.

Inzwischen aber kommt traurige Kunde. Schon bei den üblichen Schulbüchern hapert es in der Regel mit den Informationen über die Dritte Welt, abgesehen davon, daß ihre Probleme vorwiegend nur von den wirtschaftlichen und politischen Interessenlagen des Westens her beurteilt werden. So steht es in einer "kritischen Analyse von Schulbüchern", die vom Institut für Sozialforschung an der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Auftrage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit erarbeitet wurde. Schulbuchtexte aber verstellten die Wahrnehmung fremder Realitäten, wenn an Maßstäben und Werten der eigenen Gesellschaft starr festgehalten würde und die eigene Organisation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft undiskutiert als Lösungsmodelle für die Probleme der Dritten Welt vorgeschlagen würde. Von dieser Position ausgehend durchleuchtet die Analyse Schulbücher in den Fächern Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde. Es wurden insbesondere Bücher für Hauptschüler (Volksschüler) und für Oberschüler (Gymnasiasten) untersucht.

Eins ist sicher: Mit wenigen Ausnahmen haben die Bemühungen um eine Wissensvermittlung über die politische Bedeutung der Probleme der Dritten Welt vor der Schulbücherei Halt gemacht. Selbstverständlich werden die Entwicklungsländer weder im Unterricht noch bei der Ausbildung der Lehrer ausgeklammert, sofern es sich um die einschlägigen Fächer handelt. In erster Linie ist die Geographie zuständig, in geringerer Maße die Geschichte und noch weniger der Sozial- und Gemeinschaftskundeunterricht. In allen anderen Unterrichtsbereichen finden sich keinerlei Informationen über die Entwicklungsproblematik, wie auch eine Lehrplananalyse einer Arbeitsgruppe der Pädagogischen Hochschule Hildesheim ergeben hat. Viele

an Entwicklungsfragen Interessierte Pädagogen fordern, daß mindestens Hinweise auf diese Problematik für den fremd- und muttersprachlichen Unterricht, für Religion und für die Arbeitslehre der Hauptschulen gegeben sein sollten.

Die Abteilung "Erziehung und Wissenschaft" der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer hatte vor kurzem Schulbuchautoren, Pädagogen, Vertreter des Entwicklungshilfe-Ministeriums und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Entwicklungshilfeexperten und Schulbuchverleger zu einem Fachgespräch nach Berlin eingeladen, um gemeinsam Wege zu finden, wie die Problematik der Dritten Welt in Lehrmaterialien der Schulen ihrer Bedeutung gemäß in der Weltpolitik dargestellt werden könne. In den Arbeitsgesprächen ließ die vorgelegte wissenschaftliche Analyse von 120 Schulbüchern aus den Fächern Geographie, Geschichte und Sozialkunde deutlich das Vorhandensein starker Vorurteilsstrukturen erkennen, "die weder von fachlichen noch von pädagogischen Gesichtspunkten her einer ernsthaften Kritik standhalten können". Zentraler Diskussionspunkt wurde im Verlauf der Konferenz die Frage nach den Lernzielen und Neuerungen für den Unterricht. Als besonders erschwerend für die Schulbuchproduktion wurde der langwierige Umsetzungsprozeß von wissenschaftlichen Material über Schulbuchautoren, Verlage, Kultusministerien bis hin zur Schulbuchpraxis empfunden. Die zeitliche Verzögerung vom Auftrag bis zur Verwendung im Unterricht betrage nicht selten fünf bis sieben Jahre.

Ehe ein neues Buch in die Schulen kommt, entstehen den Verlegern hohe Anlaufkosten. Sie sind daher bestrebt, eingeführte Bücher so lange als möglich zu verkaufen. In der Regel werden sie erst aus dem Markt gezogen, wenn die Konkurrenz mehr Erfolg bei den Lehrern hat. Die Analyse des Instituts für Sozialforschung der Frankfurter Universität fordert daher, daß die Produktion von Schulbüchern eine öffentliche Angelegenheit sein sollte, in der private Interessen, besonders von Unternehmern mit Gewinnabsichten, aber auch administrative Rücksichtnahmen der Ministerien hinterstehen müßten. Grundlegende Änderungen der Schulbuchtexte, die eine angemessene Urteilsbildung über die Entwicklungsproblematik ermöglichen, würden erst erfolgen können, wenn die Produktion, die Genehmigung und die Verwendung von Schulbüchern in öffentlicher Diskussionverantwortung unter Beteiligung der betreffenden Wissenschaften geschähe.

Heinz Ockhardt